

### Gedankensplitter der FDP Aadorf

#### Klassenkampf getarnt als Klimaschutz

Am 30. November dürfen wir bereits wieder über eine linke Initiative abstimmen. Mit ein wenig Grossmut und etwas Verständnis für jugendlichen Übermut könnte man ja noch minimalstes Verständnis für die klassenkämpferischen Träume aus dem JUSO-Ponyhof aufbringen – wenn da nicht die vereinigten linken Mutterparteien diese teilweise Enteignung unserer erfolgreichen Familienunternehmen vollumfänglich unterstützen würden.

Genau darum geht es aber bei der getarnten Volksinitiative «für eine soziale Klimapolitik». Was aus linker Sicht absolut Sinn macht, da ihre parteiprogrammatische Vision nichts geringeres als die «Abschaffung des Kapitalismus und eine neue Eigentumsordnung und ein neues Bodenrecht» fordert. Aber was bedeuten diese Worthülsen denn konkret? Schlicht und einfach Umverteilung und Enteignung! Da diese Illusion eine solche bleiben wird, versucht die vereinigte Linke nun mittels homöopathischen Dosierungen ihr Ziel zu erreichen. Und um ganz sicher zu sein, werden die Globuli-Fläschli noch neu etikettiert. Anstatt mit «Klassenkampf» werden sie mit «soziale Klimapolitik» beschriftet.

Bezahlen sollen diese Umverteilung einmal mehr die besten und wichtigsten Steuerzahler, welche zu grossen Teilen als KMU und Familienunternehmen wertvolle Arbeitsplätze schaffen. Auch im Kanton Thurgau, wo rund 30 Familienbetriebe mit total 12000 Arbeitsplätzen direkt von der Erbschaftssteuer betroffen wären. Sie müssten bei der Weitergabe ihres Betriebs an die nachfolgende Generation 50 Prozent Erbschaftssteuer bezahlen, was in vielen Fällen zum Verkauf, oder zur Geschäftsaufgabe und zum Verlust der Arbeitsplätze führen würde.

Haben Sie den Text des Initiativkomitees auf Seite 26 und 27 des Abstimmungsbüchleins bereits gelesen?

Sparen sie es sich! Nicht nur wegen des phantasievollen Inhalts, sondern auch wegen der genderverwirkten unlesbaren Ausdrucksweise.

Diese überrissene Erbschafts- und Schenkungssteuer führt letztlich zu höheren Steuern für uns alle und zum Verlust von Arbeitsplätzen. Sie gehört deshalb mit einem wuchtigen Nein abgelehnt. Wie übrigens auch die zweite zur Debatte stehende Initiative, welche die Personalbestände unserer Armee in höchstem Mass gefährden würde. Dies in einer Zeit, in der eine kriegerische Auseinandersetzung in Europa leider immer absehbarer wird.

Mit verständnislosen Grüssen